

27. August 2015

EU & SCHWEIZ

Was passiert, wenn die Schweiz aus den bilateralen Verträgen aussteigt?

Metrobasel erörtert die Folgen des drohenden Ausstiegs der Schweiz aus den bilateralen Verträgen mit der EU für die Region Basel.



Offene Grenzen fordert Henri Gétaz, Leiter des Schweizer Integrationsbüros für europäische Angelegenheiten. Foto: ZVG

BASEL. Offene Grenzen bringen Probleme mit sich, geschlossene aber auch. Sollte die Schweiz aus den mit der EU geschlossenen bilateralen Verträgen aussteigen, hätten Schweizer Firmen nicht nur eine Lücke beim Personal zu stopfen. Auch der freie Marktzugang zu 500 Millionen potenziellen Kunden wäre für sie Geschichte, und Forscher machten einen Bogen um die Insel Schweiz. Ein düsteres Bild zeigte sich daher bei der jüngsten Metrobasel-Veranstaltung zu: "Was wäre unsere Region ohne die Bilateralen Verträge?"

"Die bilateralen Beziehungen sind für die Schweiz Realität", sagt Henri Gétaz, "sie zu pflegen, ist eine politische Notwendigkeit". Dass die Bilateralen Verträge mit der Europäischen Union durch die im Februar 2014 knapp angenommene "Initiative gegen Masseneinwanderung" nicht vollständig infrage gestellt werden dürfen, steht für den

Leiter des Schweizer Integrationsbüros für europäische Angelegenheiten (EDA) deshalb fest. Eine für beide Seiten akzeptable Lösung ist dennoch bisher nicht gefunden. Bis 2016 soll dem Schweizer Parlament ein Umsetzungsgesetz zur Abstimmung vorgelegt werden, wie die Verfassung für alle verträglich geändert werden könnte. Es könne dabei aber nicht um ein Zurückdrehen des Rades gehen, so Gétaz, der Bund wolle und müsse die Sorgen der Bevölkerung ernst nehmen: "Den Status quo der Schweiz zur EU gibt es nicht mehr."

"Für den Handel wäre es verheerend"

Neue Ansätze, wie etwa die zuletzt lancierte "Rasa"-Initiative (Raus aus der Sackgasse), die das Ergebnis von 2014 umkehren wollten, sind für den Berner deshalb keine Lösung. An Schwellen- und Kontingentlösungen könnte am Ende möglicherweise kein Weg vorbeiführen. Arbeitnehmer von jenseits der Grenzen, die täglich einpendeln, wüsste der EDA-Chef in dem Fall aber gerne ausgenommen. Grenzregionen, allen voran Basel und Genf, hätten glaubwürdig vermittelt, dass ohne sie die Wirtschaft vor nicht lösbaren Problemen stünde. "Grenzgänger sollen deshalb zum Inländerpotenzial zählen", so Gétaz. Die vor allem jenseits der Grenzen umstrittenen "flankierenden Maßnahmen", die bei temporären Arbeitseinsätzen etwa das Einhalten von Schweizer Tariflöhnen sichern wollen, stünden dagegen nicht zur Diskussion.

Der Basler Regierungsrat Christoph Brutschin pries von Kantonsseite die Vorteile, die die Schweiz aus den Abkommen gezogen habe. "Vor 1999 hatten noch ein Nullwachstum", daran erinnerte der Vorsteher des Basler Wirtschaftsdepartements. Eine glatte Katastrophe wäre für Kaspar Engeli, Chef des Dachverbands des Schweizer Handels, ein Ausstieg aus den Bilateralen: "Für den Handel wäre es verheerend." Schon die Eurokrise sei derzeit kaum zu verkraften. Mit auf dem Podium hatte auch Lörrachs OB Jörg Lutz Platz genommen. 6000 Grenzgänger pendeln allein aus seiner Stadt täglich in die Schweiz. Auch wenn manche Arbeitgeber vielleicht froh wären, keine gut ausgebildeten Fachkräfte mehr über die Grenze zu verlieren, so Lutz, büßte doch die ganze Region an Dynamik ein. Etwas mehr europäischen Gedanken fände er deshalb in der Schweiz wünschenswert.

Heftig fiel demgegenüber wiederum die Einschätzung von Brigitte Guggisberg aus, der Geschäftsführerin des Wirtschaftswissenschaftlichen Zentrums (WWZ) der Universität Basel (auch nebenstehender Text). 80 Prozent der Einwanderer in die Schweiz seien hochqualifiziert, so Guggisberg. Als noch Kontingente galten und die Leute als Saisoniers befristete Arbeiterlaubnisse hatten, sei das ganz anders gewesen und viele wären am Ende doch geblieben. "Auf Dauer war das ökonomischer Selbstmord", ist die Wirtschaftswissenschaftlerin überzeugt. Wenn man heute zurück in die 70er Jahre wolle, schaffe sich die Schweiz ein riesiges Zusatzproblem. Schließlich habe das Land keine Rohstoffe, aber sehr hohe Löhne. Wer es sich da leisten wolle, auf das Gros Hochqualifizierter zu verzichten, gefährde Wohlstand und Selbständigkeit.

Die Schweiz und DIE EU

Das erste Freihandelsabkommen mit der damaligen EWG schloss die Schweiz 1972; über 70 Prozent der Abstimmenden befürworteten das damals. Der Beitritt zum europäischen Wirtschaftsraum EWR fiel 1992 dagegen mit 50,3 Prozent knapp durch. 1999 wurden sieben Abkommen mit der EU geschlossen, an erster Stelle das

Freizügigkeitsabkommen; 2004 folgten die bilateralen Verträge II. Grundsätzlich gilt die Guillotine-Klausel: Wird ein Teil gekündigt, werden damit alle hinfällig.

Autor: ama

Autor: Annette Mahro